



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wagner, Hans: Die deutsche Weltpolitik. 3

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

nicht nur die nicht ackerbautreibenden Kreise versorgen, sondern auch Korn ausführen können. Diese Ausfuhr betrug allein aus Westsibirien in den letzten Jahren  $3\frac{1}{3}$  bis 4 Millionen Zentner an Sommerweizen. Es ist klar, daß sich bei weiterm Fortschreiten der Kolonisierung die zur Ausfuhr gelangenden Getreidemengen vervielfältigen müssen, und daß sie sehr bald auch den Weg auf den europäischen Getreidemarkt finden werden. Denn die sibirische Bahn durchschneidet gerade den Teil Sibiriens, der eine Kornkammer zu werden verspricht und alle Aussicht hat, in nächster Zeit durch Zufuhrbahnen und Ausnutzung der vorhandenen Wasserwege auch über das Eismeer für den Weltverkehr erschlossen zu werden. Das europäische Rußland bedarf der Vorräte Sibiriens trotz aller Hungersnöte nicht, der chinesische Markt wird aber wegen der größeren Transportschwierigkeiten und geringern Kaufkraft weniger Anziehung auf das westsibirische Korn ausüben. Die Getreideproduktion Sibiriens berechtigt also zu der Hoffnung auf eine wirtschaftliche Erstarkung Rußlands; sie bringt vielleicht für unsere Landwirtschaft eine ernste Gefahr. In zweiter Linie hat die Kultur der Faser- und Ölpflanzen sowie des Tabaks eine bedeutende Zukunft.

(Schluß folgt)



## Die deutsche Weltpolitik

Don Hans Wagner (Charlottenburg)

3



enn das Deutsche Reich durch eine kräftige Weltpolitik der heimischen Industrie weite Absatzgebiete schafft und dadurch ihre Ausbreitung fördert, so übernimmt es damit zugleich die Verpflichtung, die Schäden und Auswüchse fern zu halten, die ein Industrialismus, der wild wachsen darf, mit sich bringt: nämlich das Anschwellen der wirtschaftlichen Macht in den Händen einzelner und das Hinabrücken zahlreicher Existenzen in die Notlage oder in die wirtschaftliche Abhängigkeit mit allen ihren physischen und moralischen Nachteilen. Wie der Industriestaat wegen des Charakters des Weltmarkts den Kampf zwischen den heimischen Produzenten und Konsumenten verschärft, unter dem vor allem die Lebensmittelproduzenten leiden, so bringt er auch den verschärften Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern. Auch in dieser letzten Hinsicht muß der Staat vermitteln, soll, wie in jenem Kampfe die Weltmarktstellung Deutschlands, in diesem die Weltmachtstellung Bestand haben.

Der Weltmarkt arbeitet mit Massen, im Gegensatz zu dem Kleinhandel der Binnenmärkte. Es ist daher natürlich, daß das Großgewerbe, der Großhandel

und das Großkapitel immer mehr in den wirtschaftlichen Vordergrund geraten, je weiter der Güteraustausch der Welt die Volkswirtschaft der einzelnen Nationen beeinflusst. Dementsprechend sinkt die wirtschaftliche Bedeutung des mit geringern Mitteln und in kleinerem Kreise arbeitenden Gewerbes. Das lokale Gewerbe wird geschwächt und entweder vernichtet oder in Abhängigkeit vom Großgewerbe gebracht. Dieser letzte Zustand ist dabei noch der günstigere, weil da dem Kleingewerbe wenigstens die ständige Arbeitsgelegenheit bleibt. Der Gewinn des kleinen und des abhängigen Gewerbetreibenden hält sich bei ihrer beschränkten Arbeitsfähigkeit immer in denselben Grenzen und kann nie in demselben Verhältnis steigen, wie der des Großgewerbetreibenden, für dessen Gewinnhöhe den Ausschlag geben einmal seine Intelligenz (zur Beurteilung der Weltmarktverhältnisse) und dann die Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, seine Intelligenz zu verwerten (Kapital und abhängige Arbeitskräfte). Obgleich die Erfahrung es längst widerlegt hat, daß der Industriestaat nach der einen — der abhängigen — Seite hin zur Verelendung führt — im Gegenteil, er schafft breitere Lebensbedingungen —, so ist doch die Gefahr groß, daß der Gegensatz zwischen einer geringen Anzahl reicher Unternehmer und der Masse der von ihnen abhängigen Arbeiter zu einem unüberbrückbaren Klassenhaß und dann zu einem Sinken des Staatsgefühls bei den Arbeitern und einem übermäßigen Machtanspruch der Unternehmer führt — lauter Zustände, die keine dauernde Grundlage für ein den Weltstürmen ausgesetztes Reich geben können: ein Industriestaat, worin die Mehrzahl des Volks eine sozial-politisch bedeutungslose Masse ist, bietet nicht minder innere Gefahren als ein Agrarstaat, wo es nur Herren und Knechte giebt, und der vermittelnde freie Bauernstand fehlt. Wir sehen aus der Geschichte, welche Art Industriestaat verderblich ist. Im römischen Kaiserstaat, im merkantilistischen Frankreich und im materialistischen England wurde die Industrie um ihrer selbst willen vom Staate gepflegt, in allen dreien herrschte die Ansicht, daß es genüge, wenn das Unternehmertum gefördert werde, und daß es die Hauptsache sei, Reichtümer in das Land zu bringen, und niemand kümmerte sich darum, wohin diese Reichtümer flossen, und welchen Einfluß die äußere Blüte der Industrie auf die soziale Lage der arbeitenden Menge ausübte. Diese einseitige Förderung des Wohlstands eines kleinen Teils der Bevölkerung hat sich bitter an diesen Staaten gerächt. Das lebende Geschlecht ist Augenzeuge, in eine wie gefährliche Lage ein Staat geraten kann, wo der materialistische Großkapitalismus das Staatssteuern in der Hand hat, zumal wenn die Bevölkerung durch den Glanz einer scheinbaren Freiheit getäuscht wird, wie in England. Gerade die Erfahrungen, die unsre Vettern jenseits des Kanals jetzt machen müssen, augenscheinlich ohne wach zu werden, müssen dem deutschen Weltpolitiker die Wege weisen, die er in der innern Politik gehn muß, um im Gegensatz zu England das erstehende deutsche Weltreich auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Wie sich in der auswärtigen Politik des britischen Reichs ihr materialistischer, egoistisch und despotischer Charakter in zahlreichen mehr oder minder

unglücklichen Kolonialkriegen gerächt hat, so zeigen sich jetzt deutlich die trüben Folgen seiner innern Politik, die von dem Grundsatz des *laissez faire* beherrscht wird. Der Staat schützt seine Bürger gegen äußere Feinde und läßt ihnen Bewegungsfreiheit, politische, geistige und wirtschaftliche: das hat das britische Volk und das britische Reich groß gemacht, weil es den einzelnen zur Selbstständigkeit und zu dem Selbstbewußtsein führte, das auch fremde, weniger selbstbewußte Völker in seinen Bann zwang. Aber dieser an sich gute Grundsatz der Freiheit ist ins Extreme und darum auf ein gefährliches Gebiet geraten. Der britische Staat kennt keinen Schutz der Schwachen, er verlangt von jedem, er solle sich selber helfen, wie er könne, und es kümmert ihn nicht, wenn große Teile der Bevölkerung im Kampfe ums Dasein niedergetreten werden; er verlangt von den Staatsbürgern wenig Hilfe und giebt ihnen auch wenig. Die Folge dieses Zusehens mit verschränkten Armen ist natürlich, daß in dem klassischen Reiche der Selbstsucht und des Materialismus der schwächere Bürger dem Recht des Stärkern schutzlos preisgegeben ist. So ist denn ganz von selbst in diesem als liberal verschrieenen Lande, da das Parallelogramm der politischen und wirtschaftlichen Kräfte nicht hergestellt wird, die Oligarchie der feudalen und großkapitalistischen Kreise zur Herrschaft gekommen, der Mittelstand schwindet mehr und mehr dahin. Das englische Bürgertum, das politisch vollkommen in den Hintergrund gedrängt ist, läßt sich aber gern täuschen und regieren, denn es verdankt dieser scheinbaren äußern Freiheit auch seine Befreiung von Staatslasten, vor allem der Wehrpflicht, und nimmt aus der Gleichgiltigkeit des Staats gegen seine Mitglieder auch das Recht zu eigener Gleichgiltigkeit her. Wie wenig der Engländer geneigt ist, ernste Lasten, wie die Wehrpflicht, für sein Vaterland zu tragen, das lehren die Geschichte der englischen Kolonialpolitik und insbesondere auch der jetzige Krieg. Der materialistische Engländer sieht im Staate auch weiter nichts als eine Firma, der er einen Teil seiner Interessen anvertraut, und mit der er ganz geschäftsmäßig abrechnet. Er hütet sich jedenfalls, sein eignes Interesse bei dem Geschäft hintanzustellen. Das ist auch der Grund, weshalb das englische Weltreich eine so zusammengewürfelte und oft genug hilflose Masse ist. So sehr das Prinzip der Freiheit geeignet ist, das persönliche Selbstbewußtsein des Engländer zu stärken und es den beherrschten Völkern in der Welt aufzuprägen, sie zu anglisieren, es genügt nicht, wo es darauf ankommt, ein geschlossenes Staatswesen zu erhalten: die Freiheit ist ein Geschenk, das jedes Land der Erde bieten kann, und das nicht zusammenhängt mit dem Begriff „Vaterland.“ In der That sehen wir den Engländer sein Freiheitsgefühl sofort gegen das Stammland richten, sobald er sich als *ver sacrum* in einem fremden Lande niedergelassen hat. Überall sondern sich die englischen Kolonien vom Stammlande ab: wie ja auch die Kinder am wenigsten Respekt vor ihren Eltern zu haben pflegen, denen in der Jugend die weitgehendste Freiheit gelassen wurde. Rechte ohne Pflichten schaffen harte Selbstsucht. Es ist ein Unglück für den englischen Weltstaat, daß seine Mitbürger nur Rechte haben, keine Pflichten,

aufser denen des Geldbeutels. Die englischen Kolonisten würden nicht sobald in Sonderstaatelei verfallen, wenn sie alle die gemeinsame Last der Wehrpflicht für ihr Vaterland getragen hätten. Und noch eins zeigt der englische Volkscharakter, was auch nur dem Mangel an ernstern Pflichten zuzuschreiben ist: das Übermaß von Selbsteinschätzung und Egoismus, den Mangel an Rücksicht gegen andre. Weil der Einzelengländer von Jugend auf und von Staats wegen daran gewöhnt ist, nur sich selbst zu dienen, haben die englischen privaten und politischen Mäxren eine Form angenommen, die allen Völkern zuwider ist, und die die jetzt zu Tage tretende allgemeine Abneigung gegen England erklärt. Da könnte die Einführung des preussischen Unteroffiziers als Erzieher dem englischen Volke unschätzbare Dienste leisten. Und auch die Wahrsamkeit der englischen Politik und ihre Brutalität würden sich bald geben, wenn die Folgen nicht lediglich wie jetzt Englands Gut, sondern des gesamten Volkes Blut zu empfinden hätte. Wenn England sich nicht ernstlich daran macht, die beiden morschen Säulen seiner Macht, die äußere Freiheit und den Kapitalismus, durch zwei neue zu stützen und zu ergänzen, die Sozialpolitik, den Schutz der Schwachen und die Wehrpflicht, dann dürften ihm noch trübere Tage als jetzt beschieden sein; es könnte leicht von geschlossenern Staatswesen überrannt werden.

Dem deutschen Volk thut das Umgekehrte not. Es hat redlich gelernt, Staatslasten zu tragen, ihm ist durch seine Geschichte und den Absolutismus der Begriff des geschlossenen Staatswesens in Fleisch und Blut übergegangen. Es hat auch durch den Schutz der Schwächern, die Einleitung der Sozialpolitik, den Versuch gemacht, eine gleichmäßige Abstufung der Bevölkerung zu erhalten. Aber großen Teilen unsers Volkes fehlt noch das genügende Maß der politischen und vor allem der wirtschaftlichen Mündigkeit und des Bewußtseins, daß jeder wie an den Leiden, so auch an den Freuden des großen deutschen Staats Anteil nehmen darf. Man gewähre ihnen, auf daß die schweren Staatspflichten zu einer gern getragenen Bürde werden, noch die Gegengabe größerer Rechte. Die politische Mündigkeit ist der Masse des Volkes erst durch die Errichtung des neuen Deutschen Reichs gekommen, und diese Gabe fesselt die Masse mehr an das Reich, als der theoretische Patriotismus. Es wäre politische Selbstaufgabe, wenn die untern Klassen in die Kleinstaaterei zurückkehren wollten — abgesehen von der wirtschaftlichen Unmöglichkeit eines solchen Rückfalls. Ein Interesse am Partikularismus haben nur die rückständigen und privilegierten Klassen, über deren Ansprüche das gewaltige Leben in dem neuen Reiche hinwegflutet. Die Hochburg dieser reaktionären Kreise sind die Landtage, die ja auch ihr Möglichstes thun, dem Reichswagen Steine in den Weg zu werfen, und in denen der alte Bopf noch eine hohe Verehrung findet. Zur Zeit treten die partikularistischen Ansprüche der Bundesstaaten nicht sehr in den Vordergrund, das Deutsche Reich erscheint als eine festgeschlossene Zentralmacht. Das liegt aber nur an der Person des jetzigen Kaisers, und es besteht die Gefahr, wenn einmal dieser persönliche Einfluß wegfällt, daß von den Volkskreisen, die in der Wahl-

ordnung der Landtage ein Vollwerk ihrer Klassenstellung sehen, die einheitliche, wirtschaftliche und politische Kraft des Reichs zu erschüttern versucht werden wird. Im Jahre 1871 war die Rücksicht gegen den Partikularismus notwendig, aber jetzt ist sie schädlich, da die Weltpolitik die Zusammenfassung des deutschen Volkswillens nach einer Stelle, den Reichstag, und in eine Hand, die des Kaisers, immer dringender nötig macht. Nur ein gutes Maß der politischen Freiheit giebt die Möglichkeit, dem ganzen Volke das deutsche Staatsgefühl anzuerziehen, und jedem einzelnen das Bewußtsein zu geben, daß er selbst verantwortlich ist für die Geschicke der deutschen Gesamtheit und ihre Wertschätzung in der Welt.

Es ist erklärlich, daß sich der deutsche Staatsbürger im Auslande in kurzer Zeit seines deutschen Stammesbewußtseins entäußert und dem Grundsatz huldigt: *Ubi bene, ibi patria*. Seit Jahrhunderten war im Interesse der privilegierten Stände die körperliche und die geistige Selbständigkeit des deutschen Bürgers niedergehalten worden. Nach den Befreiungskriegen wurden die Turnvereine unterdrückt, die Geistesfreiheit wurde beschnitten, das politische Mitbestimmungsrecht verjagt: nur Lasten zu tragen war dem deutschen Staatsbürger erlaubt. Wie sollte er da zu Selbstbewußtsein, persönlichem und stammesstolzem, kommen? Wie sollte Staatsgefühl in ihn einziehen, wo er vom Staate nur die Pflichten, nicht die Rechte zuerkannt erhielt? Wenn breite Massen unsers Volks jetzt noch das Solidaritätsgefühl mit dem Staate durch Klassenegoismus ersetzen, wenn ihnen noch der Sinn dafür fehlt, was ein großer Staat sich selbst schuldig ist, wenn der Deutsche im Auslande eine deutsche Person aber kein deutscher Mann, kein Träger deutschen Stammesgefühls ist, wenn das politische Auge des Deutschen nur verschwommene unklare Bilder sieht — dann schiebe man nicht die Schuld auf den Unwert des deutschen Michels, sondern mache die verantwortlich, die seine Erziehung mißleitet haben, und die ihn immer noch in Unmündigkeit erhalten möchten. Hier helfen Strafen, Ausnahmegesetze und erneute Unmündigkeitserklärung nichts: das einzige Mittel ist, dem deutschen Volke die Gelegenheit zur Selbsterziehung in reicherm Maße, als es jetzt geschieht, zu gewähren. Der Staat ist bei uns noch zu wenig der Vater, der sich an der Mürhigkeit und der kräftigen Entwicklung seiner Söhne freut, er spielt zu sehr die Rolle der Amme, die ihren Pflegling noch bemuttert, wenn er schon mündig ist. Seine Kinderstube kann niemand verleugnen, und so ist es auch nicht verwunderlich, daß das jetzige Geschlecht nicht aus dem Stoffe ist, der die Herren der Welt liefert: es stammt noch zumeist aus der Kinderstube vor 1871. Und die da draußen das größere Deutschland darstellen, haben noch den Schwamm deutscher Weichlichkeit mit sich getragen, sie haben das bittere Gefühl mitgenommen, daß der Deutsche ein Regierter sei, dessen thätige Mitarbeit am Staatswesen nicht geduldet wurde. Wie sollten sie da draußen deutsche Politik treiben, wo sie es in der Heimat nicht hatten thun dürfen!

Nun, die jetzige Generation wird vergehn, und mit ihr der deutsche Schwamm jener Zeiten. Das neue Geschlecht, dessen Kinderstube der neue Reichsbau herbergte, und das nur lächelnd von den kleinphilisterlichen Zuständen vor

1870 sprechen hört und fast ungläubig, trat zum erstenmale an die Wahlurne in dem Jahre, wo der Meister des Reichsbaus schied. Und es scheint, als ob das neue Geschlecht schon weit weniger an Nerven und Gefühlen leidet als das vergehende, es scheint, daß sein Nacken stolzer, seine Faust kräftiger und sein Auge schärfer ist: möge es nur nichts von der tiefgrabenden Gründlichkeit und idealen Wissenschaftlichkeit, dem Fleiß und der Ausdauer seiner Vorfahren fahren lassen. Es liegt im Sinne deutscher Weltpolitik, diese Keime zu pflegen, die Staats-erziehung durch die allgemeine Wehrpflicht muß die Selbsterziehung der politischen Mündigkeit ergänzen, dann werden die Schäden vermieden werden, die das englische Volk zeigt. Wo sich die Völker Auge in Auge gegenüberstehn, da ist die individuelle Kraft und das Staatsgefühl des Stammesvertreters von dauerndem Wert als materielle Macht.

Aber die politische Mündigkeit kann nur dann gesunde Früchte zeitigen, wenn ihr die wirtschaftliche Mündigkeit zur Seite steht: beide gehören zum Gedeihen des Staats zusammen wie Regen und Sonnenschein zum Gedeihen des Getreidefeldes. Wer wirtschaftlich abhängig ist, wird, wo er sich der Bewirtschaftung seines Brotgebers nicht entziehen kann, dessen politischen Standpunkt vertreten müssen; wo er aber frei von der Aufsicht und Beeinflussung ist, in politischen Angelegenheiten seinem Haß gegen den Stand des Brotherrn und dann auch gegen den Staat, der diesen herrschenden Stand duldet, Ausdruck geben, das lehrt die Erfahrung und ist psychologisch erklärlich. Der Staat aber hat das lebhafteste Interesse, in beiden Richtungen den Mißbrauch der politischen Mündigkeit zu verhindern: dort, weil er ein falsches Bild von der Stimmung im Lande erhält, dessen Gesamtwillen er zu vertreten hat, hier, weil der soziale Haß die Sicherheit des Staats bedroht. Der Kommunismus, der theoretisch ein Staat von Idealnaturen ist, sich praktisch aber als ein Beutefeld der niedrigsten Begierden erwiesen hat, konnte sich mit Leichtigkeit die Herzen der sozial Unterdrückten erobern, weil er diesen die Möglichkeit vorspiegelt, den Haß zur That werden zu lassen. Der Kommunismus und die Sozialdemokratie können durch ein Verbot ihrer Lehre nicht aus der Welt geschafft werden, denn man ertötet damit nicht ihren Nährboden, den sozialen Haß. Da hilft keine Vogelstraußpolitik; im Gegenteil, es ist besser, wenn man aus öffentlichen Rundgebungen sehen kann, wie hoch die sozialistische Flut gestiegen ist, sodas man rechtzeitig Maßregeln treffen kann. Man kann einen Fluß nicht stopfen, indem man ein Brett auf die Quelle legt. Die einzige Möglichkeit, den sozialdemokratischen Fluß unschädlich zu erhalten — da er eben nicht beseitigt werden kann —, ist die, daß man ihn eindämmt, damit er in seinem natürlichen Flußbett bleibt und nicht die bessern Arbeiter überschwemmt. Dieser Damm ist die Sozialpolitik.

Das deutsche Volk hat durch die Einführung der Sozialpolitik schon die ersten Schritte gethan, die schädlichen Auswüchse, die das extreme Manchesterium und der Materialismus Englands gezeitigt haben, zu verhüten. Die deutsche Sozialpolitik soll eine breite Grundlage des Staats im Mittelstande schaffen, und

zwar nach zwei Richtungen hin: einmal muß der bisherige unabhängige Mittelstand\*) vor dem drohenden gänzlichen Verfall geschützt, und dann muß der neue sozial abhängige Mittelstand in den Staatsbetrieb und in die Skala der Bevölkerungsklassen auch staatspolitisch an richtiger Stelle eingefügt werden. Nach beiden Richtungen hin hat die moderne wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volks Erscheinungen gezeitigt, die der Klärung dringend bedürfen.

Der deutsche sogenannte Mittelstand steht nicht mehr auf der Höhe früherer Tage; die moderne Wirtschaftsentwicklung zum Weltmarkt hat ihn auseinander gerissen, ein Teil hob sich zum Großgewerbe, Fabrikantentum, der andre sank in seiner wirtschaftlichen Stellung, er wurde entweder abhängig vom Großgewerbe oder verarmte in seiner Selbständigkeit. Eine Wiederherstellung des frühern Glanzes, wie sie die Mittelstandspolitik erstrebt, ist unmöglich, da sich die Entwicklung der modernen Wirtschaftsformen nicht rückgängig machen läßt. Auch in diesem Falle — wie bei der Notlage der Landwirtschaft — bleibt nur übrig, die moderne Wirtschaftsentwicklung zu verlangsamen und dem notleidenden Mittelstande Zeit und Mittel zu geben, daß er sich in die neuen Formen fügen kann. Diesen Mittelstand einfach seinem Schicksal zu überlassen wäre ein politischer Leichtsinn und würde das Deutsche Reich den englischen Zuständen nahe bringen, die keine gleichmäßige Abstufung der Bevölkerung mehr zeigen. Man soll das schmutzige Wasser nicht früher weggießen, als bis man frisches hat, das muß auch politischer Grundsatz bleiben. Die Quelle, aus der dieses frische geschöpft werden kann, ist schon vorhanden, sie bedarf nur noch der Einfassung und Säuberung, damit das Wasser brauchbar werde: die soziale Bevölkerungsklasse nimmt immer mehr an Umfang zu, die nicht mehr für eigne Rechnung arbeitet, sondern ihre Arbeitskraft gegen Entgelt in fremde Dienste stellt. Das sind einerseits die Beamten, die in Staats-, Gemeinde- und Privatdienst stehn, und deren Erwerb von Unternehmerwillkür unabhängig ist, dann alle die kaufmännischen, landwirtschaftlichen, technischen Angestellten, und die, die einen sogenannten freien Beruf haben, vor allem aber die „bessern“ oder „gelernten“ Arbeiter, die sich durch besondre Kenntnisse und Fertigkeiten von dem Stande der „ungelernten“ Arbeiter unterscheiden. Diese große Gruppe unsers Volks hat ihre gemeinsamen politischen Interessen noch nicht genügend erkannt, sie geht noch nach den verschiedensten Richtungen auseinander und dient unter allerhand fremden Fahnen, während sie doch alle

\*) Das Wort „Mittelstand“ ist hier in dem landläufigen Sinne „Kleinbürger- und Bauern- tum“ gebraucht, als Teil des wirklichen Mittelstands, der die gesamte Bevölkerung zwischen den Extremen des Großkapitals, der Großindustrie und des Großgrundbesitzes auf der einen und dem Proletariat auf der andern Seite umfaßt. Dieser große Mittelstand hat wiederum entsprechend den Bildungs- und Erwerbsverhältnissen verschiedene — in seinen Extremen wesentlich verschiedene — Schichten und besondre Interessen. Um sie alle schlingt sich aber das Band des gemeinsamen Interesses, daß sie nicht politisch oder wirtschaftlich irgend einem jener Extreme preisgegeben werden, sondern daß alle Stufen der Bevölkerung innerhalb des Staats und der Volkswirtschaft nach ihrem Teile zur Geltung kommen.

Ursache hat, sich unter eine eigne Fahne zu sammeln. Dieser Gruppe schuldet der Staat noch seine besondere Fürsorge. Infolge des Drucks, den die Sozialdemokratie ausübt, ist von der sentimentalischen Gesetzgebung der Stand der niederen Arbeiter zu sehr in den Vordergrund gedrängt worden, man hat alle Arbeiter über einen Kamm geschoren, und man geht jetzt soweit, aus Liebedienerei gegen die niedrigste Volksklasse die gebildeteren Stände zu benachteiligen, und sogar vor Gericht wird zuweilen mit zweierlei Maß gemessen, indem man den gebildeteren Mann mit härteren Strafen belegt als den rohen, nur um auf den Pöbel einen guten Eindruck zu machen. Man sollte aber nicht vergessen, daß es in jedem Volk und zu jeder Zeit eine Bevölkerungsklasse giebt und geben wird, die als Bodensatz zu betrachten ist, deren Wert sich für die Kultur und die Allgemeinheit durch die einfachsten Maschinen ersetzen läßt, und deren einziger Vorzug es ist, daß sich in ihr allezeit bereite derbe Fäuste finden. Dieser Bevölkerungsklasse thut oft genug eine harte Faust ebenso not wie eine milde Hand. Man soll von dieser Klasse die Arbeiter trennen und sie in den Mittelstand erheben, die ein wirkliches Streben nach vorwärts haben und nach ihren Fertigkeiten und Kenntnissen, besonders bei der fortschreitenden Arbeitsteilung, für die Kultur förderlich und darum weit nützlichere Glieder der menschlichen Gesellschaft sind als jene, z. B. Sezer, Weber usw. Ihre Existenz aus der Willkür der Unternehmer herauszuheben, sie möglichst der Unabhängigkeit nahe zu bringen, d. h. sie in den Mittelstand emporzuheben, liegt im Interesse des Reichs, das der freien Männer bedarf und nicht der Knechte. Es ist in dieser Hinsicht ja auch schon viel geschahn; indem die Arbeitszeit beschränkt, die Arbeitsräume der Gesundheit zuträglich gestaltet worden sind und die Unfall- und Rentenversicherung gegen trübe Tage schützt, ist den Schädlichkeiten zum Teil vorgebaut, denen die bessern Industriearbeiter ausgesetzt sind. Die gute Wirkung dieser Maßnahmen wird sich bei den Rekrutierungen äußern und in der größern Wehrfähigkeit des Volkes, die unter dem Industrialismus leiden muß. Indem ferner die Arbeiter ihre Beziehungen zum Unternehmer durch freie Übereinkunft regeln dürfen, zwischen beiden ein Kontraktverhältnis vorgeschrieben ist, und sich der Kampf der wirtschaftlichen Interessen beider Teile vor dem Gesetz auf gleichem Felde bewegen darf, ist dem Abhängigkeitsverhältnis ein Teil seines Stachels genommen, und dem bessern Arbeiter die Gelegenheit gegeben, seine Individualität nach eigenem Ermessen und aus eigener Kraft auszudehnen. Wer von diesen abhängigen Existenzen auf der Bahn des Lebens vorwärts will, dem ist der Weg freigegeben. Eine Gesetzgebung, die sich den Schutz und die Hebung des höhern Teils des wirtschaftlich abhängigen Standes zur Aufgabe macht, erzieht einen großen Teil unsers Volks, der jetzt noch zur Sozialdemokratie neigt, zum staatserkhaltenden Bürgertum und vermeidet so den Fehler des manchesterlichen Englands. In einem Staatswesen wie dem Deutschen Reich, das in seiner wirtschaftlichen und politischen Existenz so sehr auf sich selbst angewiesen ist, kommt alles darauf an, daß die Ausbildung des einzelnen möglichst gefördert wird, daß die bewegungslose Masse

auf eine möglichst geringe Ziffer herabgedrückt wird, und dagegen dem Mittelstande von unten her möglichst viel Kräfte zugeführt werden. Nur die Qualität des deutschen Volkes kann der Quantität unserer Mitbewerber um die Erde die Spitze bieten. Darum gehört eine eingehende Pflege der Sozialpolitik zu den Pflichten des deutschen Weltpolitikers, und er muß die bekämpfen, die dem Arbeiter sein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht nehmen, ihn in die Masse der Hörigen hinabdrücken wollen, wie das die patriarchalische autokratische Sozialpolitik des Freiherrn von Stumm und anderer Großindustriellen beabsichtigt. Eine liberale Sozialpolitik wird beiden Teilen gerecht: sie behindert weder die Regsamkeit der Intelligenz und des Kapitals — wie der kommunistische, noch die der Arbeit, wie der autokratische Sozialterrorismus. Freilich zeigt die Mehrzahl auch der bessern deutschen Arbeiter jetzt noch wenig Staatsgefühl und Urteilsfähigkeit in politischen Dingen, aber das teilt sie mit vielen Angehörigen der höhern Stände, und auch in dieser Hinsicht muß die Zeit alte Schmerzen lindern. Je mehr sich die alten Parteien materieller Interessenpolitik hingeben, desto weniger Reize haben sie natürlich für die Arbeiterschaft, die doch, wo alles sich selbst liebt, allein sich nicht hassen wird. Gerade die bessern Arbeiter, die sich jetzt mit allerhand geringem Volk unter die Fittiche der Sozialdemokratie haben begeben müssen, die ihnen doch nichts bringt als die Parteikassenquittungen, werden sich gern mit der Zeit einer sozialen Mittelpartei anschließen, die mit dem liberalen Prinzip, dem der Arbeiter huldigen wird, das nationale verbindet.

Die Erhaltung, Vergrößerung und Zusammenfassung des Mittelstands nützt nicht nur der Wehrfähigkeit des Vaterlands, sondern sie schafft der Gesamtpolitik auch eine ruhigere Bahn, weil sie die Leitung der Staatsgeschäfte unabhängig macht von der Beeinflussung durch zu weit getriebene Sonderinteressen. In dieser Hinsicht verdient die Mittelstandspolitik des preussischen Finanzministers auch vom Weltpolitiker Beachtung, wenn sie auch nur ein Teil der wünschenswerten Sozialpolitik ist. Der wirtschaftliche Aufschwung des deutschen Volkes erfordert große Kapitalien. Es war natürlich, daß sich das internationale Kapital der jungen vielversprechenden Kraft zu bemächtigen trachtete. Wäre ihm das gelungen, so wäre dieses internationale Kapital auch eine politische Macht in Deutschland geworden, mit der die deutsche Regierung hätte rechnen müssen. Und in der That hat in den letzten Jahren des ehrwürdigen Kaisers Wilhelms I. diese Gefahr bestanden, da sich das internationale jüdische Kapital auf dem Wege über England an den damaligen Thronfolger und seine Gemahlin heranzudrängen suchte. Unter solchen Umständen wäre eine nationale Weltpolitik unmöglich gewesen. Zum nationalen Staat gehört auch nationales Kapital, das vom Staate abhängig ist und nicht umgekehrt. Für Preußen hat das Verdienst, das Kapital mit den nationalen Interessen verquickt und damit ein nationales Kapital geschaffen zu haben, der Finanzminister von Miquel, indem er seine preussischen Finanzoperationen unter Umgehung der jüdischen Bankfirmen mit Hilfe der Deutschen Bank, Seehand-

lung usw. in Szene setzte. Das Reich folgt diesem Beispiel, indem es deutschnationales Kapital allmählich zu den Kolonialunternehmungen heranzuziehen trachtet, und es wird in diesem Beginnen nicht Halt machen dürfen, soll in Wahrheit eine national-deutsche Weltpolitik getrieben werden. Es scheint, daß auch in Kreisen des Großkapitals allmählich die Anschauung durchbricht, daß in dieser Zeit chauvinistischer Wirtschaftspolitik auch für den Börsenmann die nationale Gesinnung erprießlicher ist als die internationale. Der Bankdirektor von Siemens und der Geheime Kommerzienrat von Hansemann sind in dieser Hinsicht typische Persönlichkeiten. Eine Eindämmung der Wirksamkeit des internationalen Kapitals auf die Gestaltung des deutschen Weltmarkts ist nicht nur aus nationalen Gründen, sondern auch aus Gründen der Vorsicht notwendig. Das internationale Kapital fördert die Industrie nicht, um der wachsenden Bevölkerung Nahrung zu schaffen — Gründe, die für den Staat allein maßgebend sind —, sondern aus Spekulation, des Gewinns halber. Die Folgen sind Überproduktion, Gründungen und — Krach. Der Staat dagegen und die arbeitende Klasse haben ein Interesse nur an der stetigen, mit dem Konsum wachsenden industriellen Entwicklung. Es ist für beide Teile ein Einhalten wünschenswert, denn beide haben ein Interesse daran, zwar das Großkapital zu benutzen, aber seine Herrschaftsgelüste abzuweisen: das natürliche Gegengewicht gegen die Übermacht des Großkapitals aber ist der Mittelstand, den Miquel zu stützen trachtet, aber allerdings in seiner sogenannten „Mittelstandspolitik“ einseitig nur in den noch unabhängigen Kreisen sucht.

Es ist zu allen Zeiten so gewesen, daß in wirtschaftlich expansiven Staaten die großkapitalistischen und die großgrundbesitzenden Klassen auf Kosten der übrigen bürgerlichen Bevölkerung um den ausschlaggebenden Einfluß auf die Staatsleitung gekämpft haben, wie wir es jetzt in Deutschland erleben. In England haben sich beide Klassen, die ja zudem dort ineinander fließen, geeinigt und sind unumschränkte Gebieter im Lande. In Republiken, z. B. Frankreich oder Nordamerika, siegte der Kapitalismus leicht, da der Adel dort keine politischen Privilegien mehr hat, also in politischer Hinsicht kein Gegengewicht ist. Wie sich in monarchischen Agrarstaaten der Adel seine Stellung durch seine Beziehungen zu Heer und Verwaltung zu sichern sucht und sich so als äußere Stütze des Thrones in seinem politischen Einfluß zu erhalten weiß, so übt die kapitalistische Oligarchie ihre Herrschaft durch das heimlich rollende Geld, durch Korruption aus — dort der politische, hier der wirtschaftliche Druck auf den Mittelstand. Beide Parteien haben das höchste Interesse, sich die Staatsleitung dienstbar zu machen. Kräftige, pflichttreue Herrscher haben sich immer der Beeinflussung der beiden politischen Mächte, Kapital und Adel, möglichst zu entziehen gesucht und haben sich, wie die Geschichte lehrt, bemüht, sich die Stütze und Grundlage für ihre Staatspläne aus dem Mittelstande heranzuziehen, der ja wie die Krone Ursache hat, sich gegen die Extreme zu wehren. Für einen modernen deutschen Fürsten ist das nicht leicht. Der deutsche

Bürgerstand ist aus Gründen der politischen Geschichte mißtrauisch gegen Regierung und Krone. Er ist es seit dem Dreißigjährigen Kriege gewöhnt, daß die deutschen Fürsten nur ihr dynastisches, absolutistisches Interesse und mit ihm das ständische des Adels vertraten und die Mitwirkung der übrigen Bevölkerung ablehnten. Solche jahrhundertelangen Eindrücke lassen sich nicht leicht aus der Volksseele verwischen, und so ist es auch verständlich, daß das Wirken unsers Kaisers, der doch der bewußte Führer des deutschen Mittelstands ist, noch immer nicht in den mittlern Bevölkerungsschichten das nötige Verständnis findet. Was ist es anders als Mittelstandspolitik, wenn der Kaiser mit dem Wort vom Brotwucher den Großgrundbesitz in seine Schranken verwies; wenn er durch die Einleitung einer kräftigen Sozialpolitik den überhandnehmenden Einfluß des Großkapitals und der Großindustrie zurückwies; wenn er den Terrorismus der Sozialdemokratie, die im Grunde doch nur eine Partei der gewaltthätigen Faust ist, einzuschüchtern suchte, und wenn er schließlich durch Einleitung einer kräftigen Weltpolitik für eine Erweiterung des Arbeitsfeldes zu sorgen trachtet, die im wesentlichen der arbeitenden Intelligenz des Mittelstands Früchte bringen soll. Überall sucht der Kaiser die Extreme zurückzudrängen, die Klammern zu lösen, die die mittlern Volksklassen einengen, damit der Kern des Staats frei werde. Das ist auch nur im Sinne der Weltpolitik.

Wenn die Erfolge der kaiserlichen Initiative nicht so groß sind, wie sie sein sollten zum Segen unsers Staats, so liegt das daran, daß dem Gedanken oft genug der ausführende Arm fehlt. Die Stützen, die Friedrich der Große dem preussischen Staate gab, Heer und Verwaltung, reichen nicht mehr aus, die Blüte des Reichs zu erhalten. Der Bureaokratismus war einst notwendig, als es hieß, die verstreuten Provinzen, die die Hohenzollern in allen Teilen Deutschlands durch Erbschaft oder Krieg ihrer Krone einverleibt hatten, zu einem einheitlichen Staate zusammenzuschweißen. Jetzt sind die deutschen Provinzen zu einem Reich zusammengefügt, und das deutsche Volk hat begonnen, wenn auch langsam, sich mündig zu fühlen. Da ist es nötig, daß der frische Hauch der neuen Zeit auch den Bureaokratismus aufrüttle, daß aus dem Diener der Paragraphen, dem selbstherrlichen Volksvormund, ein Diener des Staats werde mit Verständnis für das, was freie, weitschauende Männer eronnen haben zum Wohle der Gesamtheit. Das neue Leben, das von der See her in die deutschen Lande strömt, fürchtet den Paragraphen- und Buchstabendienst, und der knospende Baum des neuen Deutschlands zagt nicht vor der Frühlingsstimme, aber er welkt unter dem Perückenstaub, der sich auf die jungen Triebe senkt.

